BAU INDUSTRIE
Bayern

ID

Magazin des
Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V.

Mai 2020 | 65. Jahrgang

Bauen nach Corona

Der „Aufbau“ der Konjunktur nach Corona muss jetzt vorbereitet werden.

Deutschland ist Spitze bei Steuern und Abgaben

Die Unternehmensbesteuerung muss reformiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Bauen statt Streiten

Partnerschaftlich umfangreiche Bauprojekte qualitätsorientiert und kostensicher durchführen.

ID

Magazin des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V.

Mai 2020 | 65. Jahrgang

Impressum
Informations**D**ienst

Herausgeber:
Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
München

Verantwortlich für den Inhalt:
Thomas Schmid

Redaktion:
Dr. Josef Wallner

Konzept & Gestaltung:
Daniel Schwaiger

Druck:
REPRODUKT digital GmbH

Bildnachweis
Titel: BBIV, Daniel Schwaiger. **S.8/9:** BBIV, Daniel Schwaiger. **S.11:** Joseph Hubert Bauunternehmung, Toni Hasselmann. **S.13:** Geiger Unternehmensgruppe, Tom Freudenberg. **S.14:** istock, neirfy. **S.17:** shutterstock, Rawpixel.com. **S.18:** BBIV, Daniel Schwaiger. **S.20:** BBIV, Martin Schneider. **S.26:** BBIV, Daniel Schwaiger. **S.27:** BBIV, Daniel Schwaiger. **S.28:** Lang Hugger Rampp GmbH.

Das Bauprodukt

JEDES BAUWERK IST EIN PRODUKT. Bauwerke bestehen, wie alle anderen realen Produkte, aus physischen Bestandteilen, aus Daten und geistigem Eigentum. Die Erstellung eines Bauwerkes ist ein hochkomplexer, arbeitsteilig organisierter Vorgang mit einer Vielzahl Beteiligter. Gebaut wird auf mobilen Produktionsanlagen, den Baustellen. Das bringt einen zusätzlichen Grad an Komplexität. Ein stationärer Produktionsprozess in einer Fabrik lässt sich nun mal perfekter organisieren als eine Baustelle, die Wind und Wetter ausgesetzt ist, die eventuell schwierig erreichbar ist. Unter solchen Voraussetzungen eine Baustelle so zu organisieren, dass der Bau „wie ein Uhrwerk" abläuft, ist mehr als eine Herausforderung – es ist eine Kunst. Die Bauindustrie beherrscht sie.

Massiv erschwert wird Bauen oft aber dadurch, dass man trennt, was eigentlich zusammengehört. Im Öffentlichen Bau und so auch nur in Deutschland schreibt der Auftraggeber bereits bei seiner groben Vorplanung wichtige Parameter des Gebäudes fest. Danach sucht er über eine anonyme Ausschreibung Bauunternehmen, die ihm versprechen, ihren jeweiligen Teilauftrag zum billigsten Preis durchzuführen. Die Koordination der als Fach- und Teillose vergebenen Aufträge übernimmt er selbst, oder er beauftragt einen speziellen Koordinator damit. Im Grunde wird so ein ursprünglicher Produkterstellungsprozess in einzelne Dienstleistungs-Teilschritte zerlegt. Jede Zergliederung erzeugt aber Schnittstellen – und damit Risiken.

Krisen wie jetzt Corona sind auch eine Chance, Neues zu denken und umzusetzen. Der Öffentliche Bau muss wegkommen von der herkömmlichen Dienstleistersicht und das Bauwerk und den Bauerstellungsprozess als Produkt betrachten. Erforderlich dazu ist eine enge und neu geregelte Kooperation des öffentlichen Kunden, der öffentlichen Bauverwaltung und der privaten Bauwirtschaft, der Planer und Produktlieferanten. Partnerschaftliches Bauen eben. Planen, Bauen und Gewährleisten muss aus einer Hand erfolgen. Die beste Lösung ist zu suchen im Wettbewerb um den Auftrag, nicht die billigste. Von Anfang an muss daher darauf bestanden werden, dass die Preise angemessen sind hinsichtlich der Bauqualität, der damit verbundenen Risiken oder des Termindrucks. Gute Bauprodukt-Qualität hat ihren Preis.

Ihr

Thomas Schmid
Hauptgeschäftsführer | Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Inhalt

i **Download ID 05/20**
Bayern Mobilität 2030

Unseren ID und viele weitere interessanten Themen finden Sie auch online zum Download unter bauindustrie-bayern.de/download

IMPULS

3 | **Das Bauprodukt**
Bauen muss von Anfang an als die Erstellung eines Bauprodukts verstanden werden. Die bisherige Zerlegung in separate Dienstleistungsprozesse birgt zu viele Risiken. Sie ist überholt.

BAUEN UND POLITIK

8 | **Bauen nach Corona**
Die Bauindustrie konnte die gesamte Corona-Zeit weiterarbeiten. Schon jetzt muss dafür Sorge getragen werden, dass „nach Corona" auf hohem Niveau weitergebaut werden kann. Es geht nicht um Konjunkturprogramme. Gefragt sind strukturelle Vorschläge.

14 | **Deutschland ist Spitze bei Steuern und Abgaben**
Deutschland belastet Unternehmen und Bürger stark mit Steuern und noch mehr mit Abgaben. Reformiert werden muss insbesondere die Unternehmensbesteuerung.

18 | **Bauen statt Streiten**
Für mehr Partnerschaft am Bau zu werben war Ziel einer gemeinsamen Tagung der Bauindustrieverbände Hessen-Thüringen und Bayern am 13. Februar 2020 in Würzburg.

BAUWIRTSCHAFT UND KONJUNKTUR

22 | **Geschäftserwartungen in Bayern eingebrochen**

BAUEN UND DIGITALISIERUNG

24 | **Die LIQR-App ist online**
Mit der Lieferschein QR-Code Reader-App LIQR des AKIM können die Lieferdaten für Schüttgüter mit dem Smartphone eingelesen, strukturiert, ausgewertet und exportiert werden.

BAUEN UND ENERGIE

26 | **Erneuerbarer Strom für das BiZ Stockdorf**
Eine moderne Photovoltaikanlage versorgt das BauindustrieZentrum Stockdorf mit kostengünstigem erneuerbaren Strom.

FORSCHUNG UND INNOVATION

28 | **Eco+Office AS-Bau Hof**
Das Forschungsprojekt Eco+Office AS-Bau Hof GmbH zeigt, dass ein treibhausgas-neutrales Plusenergiegebäude realisierbar ist. Es rechnet sich zudem auch ökonomisch.

30 | **PERSÖNLICHES**

31 | **ZAHLEN ZUR BAUWIRTSCHAFT IN BAYERN**

8

14

18

VOB/A bleibt erhalten

Während des vergangenen Jahres hatte sich eine Arbeitsgruppe zur Prüfung der Vereinheitlichung des Vergaberechts unter Leitung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit der Frage beschäftigt, ob die VOB/A und die Vergabeverordnung zusammengeführt werden sollen. Die Einsetzung der Arbeitsgruppe ging zurück auf zwei widersprüchliche Arbeitsaufträge zur Struktur des Vergaberechts im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode. Nachdem hierüber auf Arbeitsebene keine Verständigung möglich war, einigten sich Ende 2018 BMI und BMWi auf Ministerebene darauf, den Prüfauftrag des Koalitionsvertrags von einer Arbeitsgruppe außerhalb des DVA beraten zu lassen. Zu dieser gehörten neben Vertretern der öffentlichen Hand und der Bauwirtschaft auch Vertreter der Koalitionsfraktionen des Deutschen Bundestags und unabhängige Vergaberechtsexperten aus Anwaltschaft und Justiz. Nun haben beide Ministerien gemeinsam auf der Basis der Diskussionen in der Arbeitsgruppe einen finalen Abschlussbericht vorgelegt, wonach die VOB/A erhalten bleibt. Nachdem die bauwirtschaftlichen Verbände stets für eine Beibehaltung der VOB/A plädiert und diese Position auch in die Arbeitsgruppendiskussion eingebracht haben, ist dies als durchschlagender Erfolg bauverbandlicher Interessenvertretung zu werten.

Neue Filmbeiträge „TV Bayern Live": Bauen trotz Corona

Die Bauindustrie kann während der Corona-Krise weiterarbeiten. Für die Bauunternehmen ist das Arbeiten unter Corona-Bedingungen mit einem höheren Aufwand verbunden. Die geforderten Hygienemaßnahmen werden umgesetzt und erschweren die anspruchsvolle Arbeit auf den Baustellen zusätzlich. Anders geht es aber nicht.

Der Bayerische Bauindustrieverband hat zusammen mit münchen.tv zwei Filme erstellt, die anschaulich zeigen, wie auch auf anspruchsvollen Baustellen Bauen unter Corona-Verhältnissen machbar ist.

Der erste Beitrag zeigt ein Beispiel der Generalsanierung der Archäologischen Staatssammlung in München. Zu Wort kommt dabei u.a. die Bayerische Bauministerin Kerstin Schreyer, MdL.

Der zweite Beitrag präsentiert Bauen unter Corona-Bedingungen beim Ausbau des U-Bahnhofs Sendlinger Tor.

Seit März 2017 wird der U-Bahnhof Sendlinger Tor unter laufendem Betrieb umgebaut. Alle drei Ebenen werden komplett saniert, modernisiert, umgestaltet, barrierefrei ausgebaut, brandschutztechnisch an heutige Standards angepasst sowie erweitert. Während das Leben im Herzen von München sehr stark eingeschränkt wurde, arbeiten die Baufirmen weiter daran, diesen Zukunftsbahnhof entstehen zu lassen. Der Beitrag bietet interessante Eindrücke von dieser herausfordernden Baustelle sowie der künftigen Gestalt dieser Mobilitätsdrehscheibe im Herzen Münchens.

Zu sehen war dieser Beitrag vom 11. – 17. April im Nachrichtenteil der bayernweiten Sendung „TV Bayern Live", auf der Frequenz von RTL, bei allen 16 bayerischen Lokalsendern und auf „münchen.tv".

Zu sehen war dieser Beitrag vom 9. bis 14. Mai im Nachrichtenteil der bayernweiten Sendung „TV Bayern Live", auf der Frequenz von RTL, bei allen 16 bayerischen Lokalsendern und auf „münchen.tv".

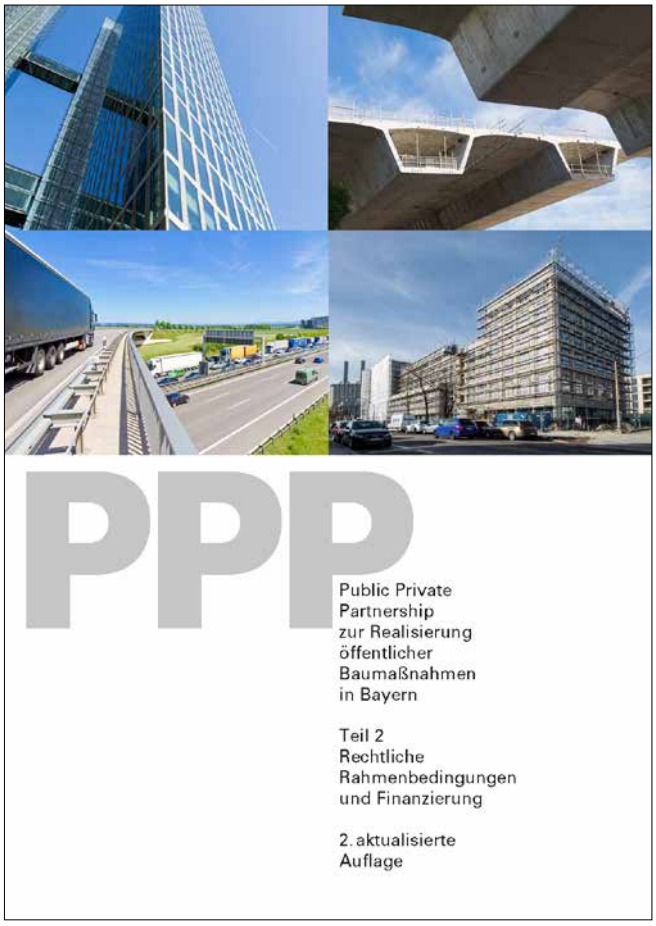
PPP-Leitfaden Teil 2 aktualisiert

Anfang März 2020 wurde die 2. aktualisierte Auflage des Bayerischen PPP-Leitfadens Teil 2 „Rechtliche Rahmenbedingungen und Finanzierung" veröffentlicht. Diese Publikation wurde vom Bayerischen PPP-Arbeitskreis (Geschäftsführung: Bayerischer Bauindustrieverband) erarbeitet. Staatsministerin Kerstin Schreyer stellte ihn der Öffentlichkeit vor.

Das Bemerkenswerte an dem Leitfaden ist, dass dieser unter Federführung des Bayerischen Bauindustrieverbands von allen an dem Arbeitskreis beteiligten und im Impressum des Leitfadens aufgelisteten Institutionen inhaltlich mitgetragen wird. Damit liegt eine auf breitem Konsens beruhende Position zur Realisierung von PPP-Projekten in Bayern vor.

Der PPP-Leitfaden Teil 2 erläutert zum einen die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für PPP-Projekte in Bayern, insbesondere bei Kommunen. Unter diesem Gesichtspunkt enthält der Leitfaden Ausführungen zum kommunalen Vermögens- und Haushaltsrecht, zum Förderrecht, zum Vergaberecht sowie zum Steuerrecht.

Mit Blick auf Fragen der Finanzierung von PPP-Projekten geht der Leitfaden auf die Rolle und Aufgaben von Banken bei PPP-Projekten ein. Ferner erläutert der Leitfaden die einzelnen Finanzierungsphasen und Finanzierungsformen sowie Fragen des Zinsänderungsrisikos. Eine Checkliste zu finanzierungsrelevanten Rahmenbedingungen für Ausschreibungen von PPP-Projekten rundet den Leitfadeninhalt ab.



Projektplattform Energie wird zu Projektplattform Energie + Innovation

Die Projektplattform Energie (PPE), die an der Technischen Universität München angesiedelt ist, hat im Februar 2020 ihr Leistungsspektrum erweitert. Neben klassischen Themen rund um Bauen und Nachhaltigkeit wird die Plattform nun auch zum Themenschwerpunkt digitale Innovationen unterstützen. Damit ändert sich nun auch der Titel in Projektplattform Energie + Innovation (PPE+I).

Der gegenseitige Austausch von Know-How zwischen Bauwirtschaft und Wissenschaft zur Lösung von Problemen in den Bereichen der Energiewende, Digitalisierung und Prozessoptimierung sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Bayerischen Bauindustrie stehen im Fokus. Die Plattform verfolgt des Weiteren das Ziel, Innovationen für die Bauindustrie systematisch zu erkennen, zu entwickeln und gemeinsam mit der Bauunternehmen umzusetzen.

Für Mitgliedsunternehmen des Bayerischen Bauindustrieverbandes stellt die PPE + I ihr Know-How und ihr Netzwerk exklusiv zur Verfügung.

i **Projektplattform Energie + Innovation**

Weitere Details zu den Leistungen der Plattform können Sie hier entnehmen:

www.ppe.tum.de

CAT
Rental

BAUEN NACH CORONA

Der Staat hat in der Corona-Krise richtig reagiert. Mit schnell umgesetzten Liquiditätshilfen sowie der Ausweitung der Kurzarbeit half er den Unternehmen und ihren Beschäftigten. Dass auf den Baustellen grundsätzlich weitergearbeitet werden konnte, kam nicht nur der Bauwirtschaft und ihren Beschäftigten zugute. Es war für alle ein Signal der Zuversicht. Hier entsteht Zukunft, es geht weiter.

Damit auch „nach Corona“ auf hohem Niveau weitergebaut werden kann, müssen schon jetzt die Vorbereitungen getroffen werden. Es geht nicht um kurzfristige Konjunkturprogramme. Erforderlich sind strukturelle Ideen und Vorschläge.

Massive Aufstockung der Mittel des Freistaats für Bauinvestitionen

Am schnellsten umsetzbar sind Erhöhungen der Bauetats des Freistaats sowie dessen Fördermittel für kommunale Baumaßnahmen. Wirksam werden können sie aber nur, wenn entweder bereits ein umsetzungsfähiges Baurecht vorhanden ist, oder bei denjenigen Sanierungsprojekten, für die kein Genehmigungsverfahren erforderlich ist (z. B. Sanierung von Straßen- und Eisenbahnbrücken).

Staatsstraßen

Ab 2021 wird die Autobahn GmbH des Bundes voraussichtlich ihren operativen Betrieb aufnehmen. Das bedeutet nicht nur, dass diese Organisation dann im Bundesfernstraßenbau die bisherige Auftragsverwaltung durch die Länder ersetzt. Sie übernimmt auch das bislang dafür zuständige Personal der Länder. Für den Personaletat des Freistaats bedeutet dies eine jährliche Entlastung bei den Personalkosten von rund 100 Mio. Euro, zuzüglich des Wegfalls der sonst anfallenden Pensionskosten. Letzter lassen sich schwer quantifizieren, sie nehmen jedes Jahr zu. Diese Mittel müssen vollständig dem Staatsstraßenhaushalt zugutekommen. Der Staatsstraßenhaushalt ist daher schon deshalb auf mindestens 500 Mio. Euro anzuheben. Um endlich den auch bei den bayerischen Staatsstraßen bestehenden enormen Sanierungsbedarf zügig abzuarbeiten, sind noch höhere Mittel erforderlich. Insbesondere sind auch viele Brücken im Staatsstraßennetz sanierungsbedürftig: Deswegen sollte der Freistaat ein spezielles Brückensanierungsprogramm innerhalb des Staatsstraßennetzes auflegen.

Kommunalstraßen

Die staatlichen Fördermittel für den kommunalen Straßenbau müssen massiv angehoben werden. Die Kommunen sind der bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber. Sie verantworten rund 60 % des öffentlichen Bauvolumens. Zusätzlich sollte für einen befristeten Zeitraum ein Infrastrukturprogramms der LfA für strukturschwache Kommunen geschaffen werden, damit diese ihren jeweiligen Eigenanteil bei den staatlichen Fördermaßnahmen erbringen können.

Mehr Mittel für Hochbaumaßnahmen

Ein enormer Sanierungsbedarf besteht auch bei vielen staatlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten, ebenso bei Universitätskliniken. Das gilt auch für einige staatliche Kultureinrichtungen (Museen, Theater u. ä.). Auch die Kommunen brauchen Unterstützung bei der Sanierung vieler Kindertagesstätten oder der kommunalen Krankenhäuser.

Effizienz und Sicherheit zusammen betrachten

Schon jetzt lassen sich einige Lehren aus den Erfahrungen mit der Corona-Krise, vor allem aus gesundheitlichen Erwägungen, in wirtschaftlicher Hinsicht aus den Produktionsunterbrechungen den Grenzschließungen ziehen. Eine grundlegende Erkenntnis ist: Es gilt überall abzuwägen zwischen den Zielen Effizienz und Sicherheit. Es gilt hier das rechte Balance zu finden und nicht einseitig nur auf die Effizienz (Kostenminimum bzw. Outputmaximum) zu achten. Ungenutzte Kapazitäten, Reserven, Lagerhaltung, Beschaffungsalternativen bspw. widersprechen zwar dem Effizienzziel, sie nutzen aber dem Ziel Sicherheit. Wer seine Lieferanten- und Absatzbeziehungen diversifiziert, vergibt zwar Effizienzvorteile, er gewinnt aber an Sicherheit. Diese Überlegungen gelten insbesondere für die Verkehrsinfrastruktur.

Massiver Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Eine ausreichend dimensionierte Verkehrsinfrastruktur, deren Verkehrsträger gut miteinander verknüpft sind, ist heute und morgen das Fundament gut funktionierender Mobilitätssysteme für Menschen und Güter. Diese Aussage hat in der Corona-Krise eine zusätzliche Bedeutung gewonnen, als plötzlich Produktionsanlagen stillstanden, Lieferketten unterbrochen waren oder einige Länder ihre Außengrenzen teilweise oder ganz schlossen. Gerade in einer solchen Krise ist es enorm wichtig, dass alternative Transportwege genutzt werden können. Eine Verkehrsinfrastruktur darf daher niemals nur für normale Zeiten dimensioniert werden. Für jeden Verkehrsträger sollten zudem immer Alternativen vorhanden sein.

Straße

Bayern braucht leistungsfähige Autobahnen als Ost-West-Achsen in die Wirtschaftsräume unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarländer. Um die Landeshauptstadt München, das Nadelöhr im bayerischen Straßennetz, großräumig zu entlasten, müssen in Bayern autobahnähnlich ausgebaute Bundesstraßen die wichtigsten bayerischen Autobahnen untereinander querverbinden. Solche Achsen entlasten zudem die staugefährdeten in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Autobahnen (vor allem die A7 und die A9).

Für die Entwicklung der bayerischen Brückenregionen nach Osten müssen dringend die wichtigsten Engpässe beseitigt und daher folgende Projekte vorrangig behandelt werden: A94: München-Passau; B15 neu: durchgängig vierspuriger Ausbau von Regensburg über Landshut bis nach Rosenheim; B20 neu: vierspuriger Ausbau von Furth i. W. über Straubing bis Freilassing; vierspuriger Ausbau der

B85; B11: Deggendorf/A92 – CZ; B12: Passau/A94 – CZ; Nordumfahrung Passau; B303 neu: Bayreuth/Kulmbach-Marktredwitz-CZ.

Zusätzlich sind nachfolgende Maßnahmen dringend erforderlich: A3: Nürnberg-Aschaffenburg sechsspuriger Ausbau; A8: Rosenheim-Salzburg sechsspuriger Ausbau; A99: Ringschluss Münchner Süden; B16: BAB-Anschluss Manching-B13 vierspuriger Ausbau.

Multimodale Terminals und Ausbau des Schienennetzes

Um die weiter steigenden Gütermengen zu bewältigen und die gesetzten CO_2-Ziele zu erreichen, muss der Güterverkehr stärker als bisher von der Straße auf die Schiene und das Binnenschiff verlagert werden. Damit der Güterverkehr den jeweils attraktivsten Verkehrsträger auch optimal nutzen kann, müssen in ganz Bayern leistungsfähige multimodale Terminals zur Verfügung stehen. Diese ermöglichen die Vernetzung der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße. Ergänzend dazu muss vor allem für eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur gesorgt werden. Das erfordert in Bayern den Ausbau der Schienenverbindung zum Brennerbasistunnel. Während Österreich und Italien im August 2007 mit den Bauarbeiten am 64 km langen Tunnel begonnen haben und dieser aus heutiger Sicht 2028 fertiggestellt sein soll, existiert in Deutschland noch nicht einmal ein akzeptierter Trassenverlauf. Derzeit gibt es nur mögliche Varianten dafür. Zusätzlich braucht Bayern leistungsfähigere Verbindungen zu den Nordseehäfen. Der Ausbau des sog. Ostkorridors zu den Nordseehäfen wäre dafür die am schnellsten realisierbare Variante.

Energiewende

Die Realisierung fest finanzierter und dringend benötigter Projekte (wie z. B. der HGÜ-Trasse Süd-Ost-Link), kommt nicht voran, weil noch kein umsetzungsfähiges Baurecht vorliegt. Plangenehmigungsverfahren dauern in Deutschland generell sehr lange. Auch im fortgeschrittenen Stadium werden noch viele Einwände vorgebracht, oftmals auch von Bürgern, welche die Energiewende grundsätzlich begrüßen. Sobald aber persönliche Belange betroffen sind, zählt das Gemeinwohl nicht mehr.

Wegen der überragenden Bedeutung der HGÜ-Stromtrassen SüdostLink und SüdLink sollte dafür vom Bundestag ein „Maßnahmengesetz Energiewende“ beschlossen werden. Analog dem Maßnahmengesetz für Verkehrsinfrastrukturprojekte müssten darin genau bestimmte Projekte zur Umsetzung der Energiewende aufgeführt werden. Für diese wäre dann kein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen. Wegen ihrer herausragenden Bedeutung für die Energieversorgung und die Versorgungsicherheit könnten sie danach direkt vom Deutschen Bundestag beschlossen werden.

› Die bayerische Verkehrsinfrastruktur darf niemals nur für normale Zeiten dimensioniert werden. Für jeden Verkehrsträger müssen zudem immer Alternativen vorhanden sein.

Öffentlicher Nahverkehr

Der ÖPNV wird infolge Corona nicht mehr derselbe sein wie vorher. Er braucht ebenfalls höhere Kapazitäten, sowohl bei den Fahrzeugen wie bei den Verkehrswegen. Um in Bussen, Zügen und U-Bahnen den geforderten Mindestabstand einhalten oder zumindest mehr Abstand halten zu können, sind zusätzliche Fahrzeuge erforderlich. Eine zusätzlich gesteigerte Taktdichte wird sich nur durch den weiteren Ausbau der ÖPNV-Verkehrswege bzw. den ihm zur Verfügung gestellten Platz (separate Busspuren etc.) umsetzen lassen.

Dringend erforderliche Maßnahmen für den ÖPNV sind:

Mehr Fahrzeuge, auch mit abgetrennten Abteilen, eine höhere Taktung und mehr Verkehrswege für den ÖPNV.

Multi-modale Integration: Unterschiedliche Verkehrsmittel müssen leicht und flexibel kombinierbar sein.

Einfache und flexible Preissysteme erleichtern und erhöhen die Benutzung.

Digitalisierung: Kontaktlose Fahrscheine, Informationen über den optimalen Routenverlauf, Informationen über Fahrzeugbelegung bzw. Überbelegung.

Sinnvoll wäre auch eine höhere Flexibilisierung der Arbeitszeiten allgemein und der Schulzeiten: So würde der Spitzenlastbedarf gesenkt und die bestehenden Kapazitäten könnten gleichmäßiger genutzt werden. Auch die geforderten Mindestabstände wären leichter einhaltbar.

Finanzierung aller Maßnahmen auch durch privates Kapital

Zur Finanzierung sollte auch das reichlich vorhandene private Kapital genutzt werden. Dieses ist seit langem auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten, die zumindest eine geringe Rendite bieten.

Einerseits bietet sich ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaften) an. Für größere Vorhaben sollten Finanzierungsfonds aufgelegt werden, so beispielsweise für umfangreichere Verkehrsinfrastrukturprojekte.

Moderne Vergabeverfahren und partnerschaftliche Vertragsmodelle

Für die oben aufgelisteten Bauvorhaben sollte der Freistaat Bayern in geeigneten Fällen moderne Vergabeverfahren und zum Teil neue partnerschaftliche Vertragsmodelle anwenden. So kann schneller, qualitätsgerechter und kostensicherer gebaut werden: Schnittstellenverringerung, Streitvermeidung, Lebenszyklusbetrachtung.

Statt der herkömmlichen Fach- und Teillosvergabe mehr zusammengefasste Vergabe / Generalunternehmervergabe: Planen und Bauen aus einer Hand (funktionale Leistungsbeschreibung).

Partnerschaftliche Vertragsmodelle

1. Generalunternehmervertrag mit Elementen partnerschaftlicher Abwicklung (PPA)
2. Design and Build-Vertrag
3. Funktionsbauvertrag
4. ÖPP-Modelle
5. Alliance-Vertrag/Mehrparteienvertrag

Serielles, modulares Bauen fördern

Insbesondere Wohnungsbau, Polizeiunterkünfte, staatliche und kommunale Verwaltungsgebäude etc. Die Vorfertigung von Modulen oder Teilen in Baufabriken ist nicht nur kostengünstiger, sie ermöglicht auch eine höhere Präzision und eine bessere Bauqualität. Die Montage dieser Teile auf der Baustelle benötigt viel weniger Zeit als die herkömmliche Bauweise. So kann die Baustelle schneller wieder abgebaut werden, die Anwohner sind dankbar für die geringere Belastung.

Die öffentliche Bauverwaltung digitalisieren

Auch die öffentliche Bauverwaltung muss digital und ortsunabhängig arbeiten können. Das gilt für die Planung neuer Bauprojekte, für die digitale Ausschreibung und Angebotsbearbeitung, die Bauprojektbetreuung (bei der Fach- und Teillosvergabe), das Baustellencontrolling bis hin zur Bauabnahme. Insbesondere muss die öffentliche Bauverwaltung auch BIM-fähig gemacht werden.

Geiger

Deutschland ist Spitze bei Steuern und Abgaben

Deutschland nimmt laut der OECD bei der Steuer- und Abgabenbelastung innerhalb der Industrieländer weltweit den Spitzenplatz ein. Für die Zeit nach Corona sollten daraus die richtigen Konsequenzen gezogen werden.

Deutschland braucht auch wieder ein Unternehmenssteuersystem, das Gewinne und Verluste fair behandelt.

In der Corona-Krise hat der deutsche Staat schnell und wirksam den Unternehmen geholfen, als es darum ging, die vorhandene Liquidität der Unternehmen zu sichern, neue Hilfen bereitzustellen sowie darüber hinaus Schutzschirme für Unternehmen mit einem funktionierenden Geschäftsmodell zu schaffen. Mit einem Umfang von rund 30 % des BIP ist das deutsche Corona-Hilfspaket eines der größten weltweit. Haushaltswirksam ist allerdings nur ein Drittel davon, der Rest sind Garantien und Bürgschaften, die nicht unbedingt zahlungswirksam werden müssen. Leisten konnte sich Deutschland dieses grundsätzlich sehr gute Hilfspaket wegen der sehr komfortablen fiskalischen Ausgangslage. Eine jahrelang boomende Konjunktur ließ den Schuldenstand auf 60 % absinken, die Steuereinnahmen erreichten immer neue Rekorde. Geholfen hat die boomende Wirtschaft auch den Sozialsystemen. Die gesamtwirtschaftliche Sozialleistungsquote beträgt knapp ein Drittel des BIP. Dass trotzdem die Träger der sozialen Sicherung in einer komfortablen Finanzposition sind, hängt neben der lange guten Wirtschaftslage mit den vergleichsweise hohen Sozialabgabesätzen in Deutschland zusammen. Andererseits wirken die Sozialsysteme in der Corona-Krise auch als willkommene automatische Stabilisatoren, sie gleichen Einnahmerückgänge zumindest teilweise aus.

Nach Corona steht die Frage an, wie mit dem dann auf rund 80 % des BIP gesteigerten Schuldenstand umgegangen werden soll. Während das eine Lager nach noch höheren Steuersätzen, zusätzlichen Steuerarten (Vermögensteuer, Reichensteuer) ruft, plädiert eine Minderheit für das Gegenteil: Die Steuersätze senken, damit die Wirtschaft wieder wachsen kann und so dem Staat wieder hohe Steuereinnahmen verschaffen kann. Hier ist ein Blick auf die Steuer- und Abgabensätze in Deutschland erhellend.

Rekordhohe Belastung der Arbeit in Deutschland

Eine Analyse der OECD liefert jedenfalls Argumente dafür, in Deutschland die Steuern und Abgaben nach Corona zu senken. Laut OECD ist die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben in Deutschland und Belgien die höchste ihrer 36 Mitgliedsländer. Den letztjährigen Spitzenreiter Belgien hat Deutschland nämlich mittlerweile eingeholt. Für einen Alleinstehenden betrug 2019 die durchschnittliche Belastung durch Steuern und Sozialabgaben in Deutschland 39,3 %. Im OECD-Durchschnitt waren es 25,9 % – immerhin um 12,5 Punkte weniger.

Etwas besser sieht es für Familien aus. Ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern wird 2019 in Deutschland einschließlich der Steuervergünstigungen und Transferzahlungen (wie z. B. das Kindergeld), netto mit 20 % belastet. Hier befindet sich Deutschland im gehobenen Mittelfeld. Länder wie u. a. anderem Litauen, Dänemark, Finnland und die Niederlande weisen höhere Werte als Deutschland aus.

Eine Spitzenbelastung hat allerdings in Deutschland eine Familie mit zwei Verdienern und zwei Kindern. Sie führt gemäß der OECD-Erhebung in Deutschland gut 31 % an Steuern und Sozialabgaben ab. Deutschland nimmt hier den alleinigen Spitzenplatz innerhalb der Gruppe der OECD-Länder ein, vor Dänemark mit 30,7 %. Der OECD-Durchschnitt für diese Kategorie beträgt knapp 20 %.

In kaum einem Industrieland wird der Faktor Arbeit so stark mit Steuern und Sozialbeiträgen belastet wie in Deutschland. Wenn man zusätzlich die Abgaben der Arbeitgeber für die Sozialversicherungen berücksichtigt, dann ergibt

sich für einen Alleinstehenden eine Gesamtbelastung durch Steuern und Abgaben von 49,4 % des durchschnittlichen Bruttolohnes. Vor Deutschland nimmt Belgien den Spitzenplatz ein mit 52,2 %. Mehr als die Hälfte der Arbeitskosten gehen dort an den Staat.

Eine genaue Analyse zeigt: Deutschland ist ein Hochabgabenland, kein Hochsteuerland. Mit einer durchschnittlichen Steuerbelastung eines Alleinverdienenden von 19,2 % liegt Deutschland nur wenig über dem OECD-Durchschnitt mit 15,9 Prozent. Verantwortlich für den deutschen Spitzenplatz in der Gesamtbelastung sind vor allem die Sozialbeiträge. In Deutschland betragen sie 20,1%, mit 10 % beträgt der OECD-Durchschnitt nur die Hälfte davon.

Anzumerken ist allerdings auch, dass die jährliche OECD-Erhebung die Unterscheidung zwischen Steuern und Sozialabgaben nicht vollkommen konsequent durchführt. In einigen Ländern sind Sozialbeiträge Steuern, in anderen Versicherungsbeiträge. Die OECD berechnet daher nicht die durchschnittliche Steuer- und Abgabenlast der Bevölkerung, sondern nur die Belastung mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen ausgewählter Modellhaushalte. Berücksichtigt werden auch nur Abzüge wie der Arbeitnehmerpauschbetrag, der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag. Nicht einbezogen werden bspw. die Entfernungspauschale und die doppelte Haushaltsführung, ebensowenig die indirekten Steuern (MwSt). Hier kommt Deutschland besser weg, ebenso bei der Besteuerung von Kapitaleinkommen und Vermögen.

Steuern senken in Deutschland und Steuersystem reformieren

Deutschland ist auch bei der Unternehmensbesteuerung ein Hochsteuerland. Der durchschnittliche Steuersatz für Unternehmen der OECD-Industriestaaten beträgt 2020 23,4 %, so ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. In Deutschland sind es rund 31 %, je nach Höhe der kommunalen Gewerbesteuer. Damit Deutschland unter diesen Durchschnittswert kommt, müsste die Körperschaftsteuersatz von 15 % auf 10 % gesenkt werden. Einschließlich der Gewerbesteuer müssten die Unternehmen dann rund 25 % Gewinnsteuer abführen.

Deutschland braucht auch wieder ein Unternehmenssteuersystem, das Gewinne und Verluste fair behandelt. Seit den 1980er Jahren hat die deutsche Steuerpolitik zwar mehrmals die Steuersätze auf Einkünfte gesenkt, dafür aber den steuerlichen Abzug betrieblicher Ausgaben und Verluste zunehmend untersagt. So wurde das Recht abgeschafft, drohende Verluste frühzeitig in der Bilanz abzubilden. Zeitlich stark beschränkt wurde die Verrechnung heutiger Verluste mit künftigen Gewinnen. Vielfach wurde sie deshalb tatsächlich unmöglich. Stark erschwert wurde der Verkauf verlusttragender Gesellschaften, ebenso die volkswirtschaftlich wichtige Sanierung von Unternehmen. Noch restriktiver gestaltet ist die kommunale Gewerbesteuer. Durch immer mehr „Hinzurechnungen" wurde sie zu einer Substanzsteuer. Verluste sperrt sie in vielfach sehr eng zugeschnittenen Betrieben ein. Nach einer Unternehmensübertragung können sie weder vom bisherigen noch vom neuen Inhaber geltend gemacht werden.

Während so der Staat aber weiterhin an den Unternehmensgewinnen voll beteiligt ist, hat er Verluste immer mehr nur den Unternehmen aufgebürdet. Gewinne wurden sozialisiert, Verluste privatisiert.

Fairer Umgang mit Gewinnen und Verlusten

Das sollte bei der längst anstehenden Reform der Unternehmensbesteuerung in Deutschland auch mit angegangen werden. Ein symmetrischer steuerlicher Umgang mit Gewinnen und Verlusten macht die Unternehmensbesteuerung konjunktur- und krisentauglicher. In konjunkturellen wie in strukturellen Krisen wäre ein solcher fairer steuerlicher Umgang mit Gewinnen und Verlusten ein weiterer automatisch wirkender Stabilisator. Zusätzlich wird so die Fähigkeit der Unternehmen gestärkt, Risiken zu übernehmen. Besonders helfen würde das auch der Bauindustrie, aus zwei Gründen: Bauen ist ein risikobehaftetes Geschäft. Zudem sind die Gewinnmargen der Bauunternehmen bekanntlich niedrig. Jede Begrenzung, Verluste steuerlich geltend machen zu können, sowohl umfangmäßig wie zeitlich, belastet daher die Bauunternehmen besonders stark.

Hohe Steuern und Abgaben in Deutschland

Deutschland	Durchschnitt OECD
39,30%	25,90%[1]
31,00 %	23,40 %[2]

1) Steuern und Abgaben eines Alleinstehenden
2) Gewinnsteuersatz (einschl. Gewerbesteuer)

Werde Gestalter der Zukunft
Die Bauindustrie geht voran – komm mit und verändere die Welt
Follow us on Instagram
Hol Dir Inspiration für
Deine persönliche Zukunft
instagram.com/bybauindustriebayern

BAU INDUSTRIE
Bayern

BAU INDUSTRIE
Hessen-Thüringen

TAGUNG

13. Februar 2020

Bauen statt Streiten –
Neue Partnerschaftsmodelle zur Abwicklung größerer & komplexer Bauvorhaben

BAUEN STATT STREITEN

"Bauen statt Streiten - Neue Partnerschaftsmodelle zur Abwicklung größerer und komplexer Bauvorhaben" war das Generalthema einer Tagung am 13. Februar 2020 in Würzburg, zu der der Bauindustrieverband Hessen-Thüringen und der Bayerische Bauindustrieverband gemeinsam eingeladen hatten.

Intention der beiden Veranstalter war es, sowohl bei deren Mitgliedsfirmen, auf der Bauherrenseite, bei Planern und Rechtsberatern sowie sonstigen Baubeteiligten für mehr Partnerschaft am Bau zu werben. Im Mittelpunkt steht hierbei, eine neue Kultur der Partnerschaft im Baubereich zu schaffen und mit Blick auf Vergabeverfahren und Vertragsgestaltung mögliche Kooperationsmodelle vorzustellen, die eine partnerschaftliche, qualitätsorientierte und kostensichere Abwicklung größerer und komplexer Bauvorhaben ermöglichen sollen.

Die Abwicklung von Bauvorhaben in Deutschland gilt traditionell als äußerst streitanfällig, was leider auch die hohe Zahl von Bauprozessen über alle Gerichtsinstanzen hinweg belegt. Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass es so auf Dauer nicht mehr weitergehen kann, hat der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie zusammen mit den bauindustriellen Landesverbänden bereits Mitte letzten Jahres die Initiative „Bauen statt Streiten" gestartet und hierzu eine viel beachtete Publikation herausgegeben. Mittlerweile haben hierzu zwei Vortragsveranstaltungen in Berlin stattgefunden, die auf großen Zuspruch gestoßen sind.

Der Bayerische Bauindustrieverband und der Bauindustrieverband Hessen-Thüringen haben diesen Themenkomplex für den süddeutschen Raum mit einer eigenen Veranstaltung aufgegriffen und bei allen Baubeteiligten, insbesondere bei den Mitgliedsfirmen, auf der Bauherrenseite, bei Planern und Rechtsberatern u. a. für mehr Partnerschaft am Bau werben. Im Mittelpunkt stand hierbei, eine neue Kultur der Partnerschaft im Baubereich zu schaffen und mit Blick auf Vergabeverfahren und Vertragsgestaltung mögliche Kooperationsmodelle vorzustellen, die eine partnerschaftliche, qualitätsorientierte und kostensichere Abwicklung größerer und komplexer Bauvorhaben ermöglichen sollen. Dass dies in Einzelfällen bereits erfolgreich umgesetzt worden ist, sollen einige Best Practice-Beispiele belegen, die Gegenstand diverser Vorträge sein werden.

Für jedes Partnerschaftsprojekt das geeignete Vergabe- und Vertragsmodell

Mit dem Auftaktreferat gab RA Dr. Detlef Lupp, Geschäftsführer im Bayerischen Bauindustrieverband, einen Überblick über neue partnerschaftliche Vertragsmodelle für die Realisierung größerer und komplexer Bauvorhaben in Deutschland. Hierbei spannte sich der Bogen vom Generalunternehmervertrag mit Partnerschaftselementen, Design and Build-Vertag, über ÖPP-Modelle bis zu Alliance-Verträgen nach australischen oder skandinavischen Vorbildern.

Partnerschaftsmodelle erfordern grundlegenden Kulturwandel

Anschließend vertiefte Univ.-Prof. Dr.-Ing. Dipl.-Kfm. Shervin Haghsheno, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Technologie und Management im Baubereich, Karlsruher Institut für Technologie, das Thema der integrierten Projektabwicklung in Mehrparteienverträgen.

RAin Dr. Barbara Buhr, KPMG Law, ging der Frage nach, welche rechtlichen Hürden bei Partnerschaftsmodellen für die öffentliche Hand zu überwinden sind, und zeigte Lösungsansätze für die in diesem Zusammenhang auftretenden vergaberechtlichen-, zuwendungsrechtlichen- und haushaltsrechtlichen Fragen auf.

Auch für die öffentliche Hand bestehen keine rechtlichen Hindernisse

Im Mittelpunkt des Vortrags von Dipl.-Ing. (FH) Michael Mack, Top-Projektleiter von schlüsselfertigen Großprojekten, Ed. Züblin AG, stand ein Erfahrungsbericht zum Partneringmodell am Beispiel des Neubaus der Adidas World of Sports (WOS) am Firmensitz in Herzogenaurach.

Einen instruktiven Überblick über die in der SL Bau enthaltenen außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren (Mediation, Schlichtung, Adjudikation, Schiedsgutachten, Schiedsgerichtsverfahren) gab RA Dr. Wolfram Grauer, BAM Corporate Services GmbH.

Über die durchwegs positiven Erfahrungen der Autobahndirektion Nordbayern mit einer Baubegleitenden Einigungsstelle (BEST) im Bereich des Kauppenaufstiegs der A3 berichtete Ltd. Baudirektor Alexander Leis, Leiter der Dienststelle Würzburg der Autobahndirektion Nordbayern.

› Partnerschaftliches Bauen ist auch der öffentlichen Hand empfohlen. Rechtliche Hindernisse bestehen nicht.

Ansätze für eine effizientere partnerschaftliche Projektabwicklung

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Matthias Sundermeier, Institut für Bauingenieurwesen der TU Berlin, berichtete über die aktuellen Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur partnerschaftlichen Projektabwicklung bei komplexen Großprojekten im Bereich Schiene.

Die Moderation der gesamten Veranstaltung lag in den bewährten Händen von RA Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen, der auch die sich an jeden Vortrag anschließenden Diskussionen leitete.

i **Präsentation**

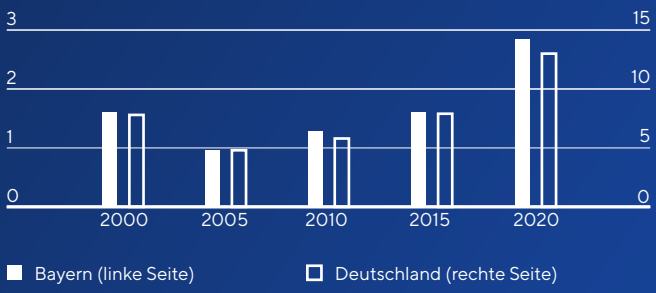
Die von den Referenten freigegebenen Vortragspräsentationen finden Sie hier:

www.bauindustrie-bayern.de/themen/baukultur-und-hochbau/Bauen-statt-streiten

Januar – Februar 2020

Anfang 2020 weniger Neuaufträge in Bayern

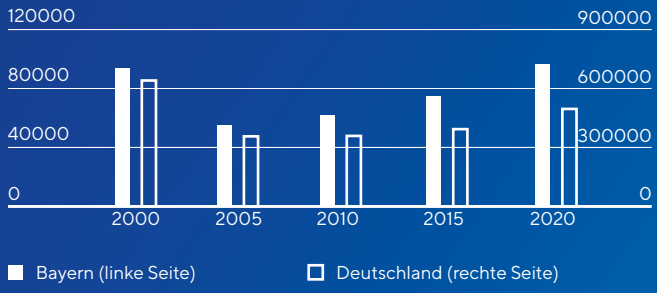
Auftragseingänge jeweils Jan. – Februar, in Mrd. EUR



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt

Baubeschäftigung im Februar gestiegen

jeweils Februar

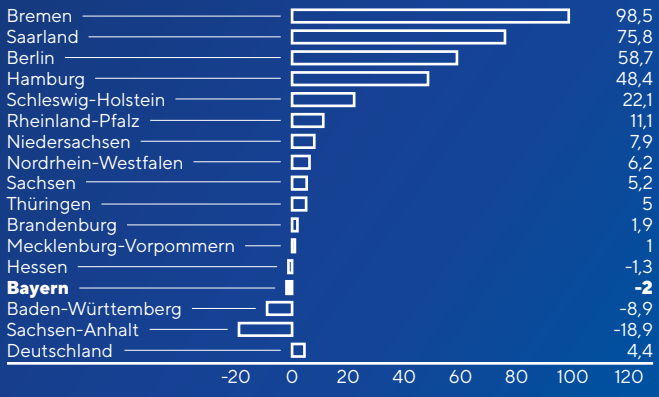


Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt

Stark unterschiedliche Neuaufträge

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, Veränderung Jan. – Feb. 2020/19

in %

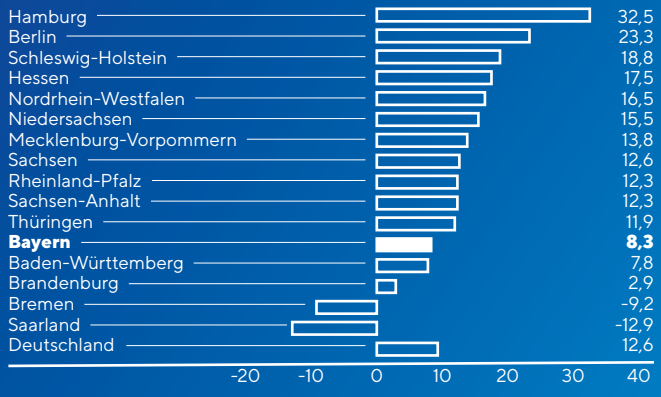


Quelle: Statistische Landesämter, Statistisches Bundesamt

Noch fast überall Umsatzanstieg

Umsätze im Bauhauptgewerbe, Veränderungen Jan. – Feb. 2020/2019

in %



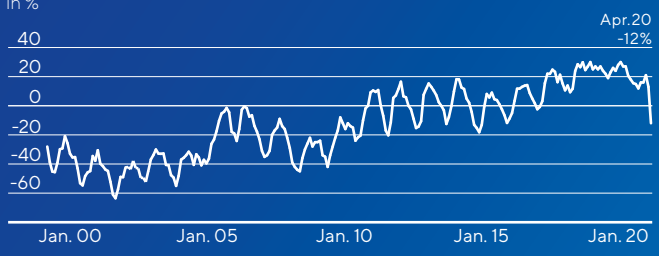
Quelle: Statistische Landesämter, Statistisches Bundesamt

Geschäftsklima im April abgestürzt

ifo-Geschäftsklima Bauhauptgewerbe Bayern

Unternehmenseinschätzung Geschäftslage und Erwartung für 6 Monate

in %



Quelle: ifo-Institut, München

8,3 %

Umsätze der Bauunternehmen noch um 8,3 % höher

Geschäftserwartungen in Bayern eingebrochen

Schon in den ersten zwei Anfangsmonaten 2020 nahmen die Neuaufträge in Bayern ab. Die Umsätze waren noch im Plus, sie bilden allerdings nur die gute Baukonjunktur der Vergangenheit ab. Höher war auch noch die Beschäftigung am Bau. Rückläufig waren allerdings die Baugenehmigungen. Massiv eingebrochen sind die Zukunftserwartungen.

Weniger Baugenehmigungen erteilt
Die Baugenehmigungen fielen von Januar bis Februar 2020 insgesamt um 5 %. Am stärksten war der Rückgang im Wirtschaftsbau ab (- 9,8 %), knapp gefolgt vom Wohnungsbau (- 8,9 %). Der öffentliche Bau vermeldete dagegen ein ungewöhnlich hohes Plus (+ 81,3 %).

Aufträge in Bayern um 2 % niedriger
Schon vor dem Corona-Stillstand nahmen die Neuaufträge von Januar bis Februar 2020 in Bayern insgesamt um 2 % ab. Zuwächse gab es noch im privaten Bau: Den höchsten Anstieg verzeichnete der Wirtschaftsbau (+ 7,4 %). Im Plus blieb auch noch der Wohnungsbau (+ 5,8 %). Einen starken Rückgang meldete der Öffentliche Bau (- 15,8 %). Am stärksten nahm der Straßenbau ab (- 23,8 %). Zweistellig war der Rückgang auch im öffentlichen Hochbau (- 17,3 %). Nur einstellig sank dagegen der Sonstige Tiefbau (- 4,7 %).

Umsätze der Bauunternehmen noch um 8,3 % höher
Die Umsätze der größeren bayerischen Bauunternehmen (mit 20 und mehr Beschäftigten) legten von Januar bis Februar 2020 noch zu (+ 8,3 %). Den stärksten Anstieg erzielte der Wohnungsbau (+ 18,3 %). Einen zweistelligen Zuwachs vermeldete auch der Öffentliche Bau (+ 15,7 %). Darin nahmen die Umsätze im Sonstigen Tiefbau am stärksten zu (+ 20,6 %), zweistellig auch im Straßenbau (+ 19,9 %). Einen einstelligen Zuwachs verzeichnete der öffentliche Hochbau (+ 6 %). Insgesamt einen Rückgang vermeldete der Wohnungsbau (- 1,9 %).

Geschäftserwartungen werden stark pessimistisch beurteilt
Das Geschäftsklima im bayerischen Bauhauptgewerbe wird im April 2020 deutlich schlechter als im Vorjahr beurteilt.

- Die aktuelle Geschäftslage wird mit einem Saldo von 26 % schlechter als im Vorjahr (April 2019: 53 %) eingeschätzt. Als gut beurteilen sie 37 % der Unternehmen (April 2019: 58 %). Von einer weiter verschlechterten Geschäftslage berichten 5 % (April 2019: 11 %).

- Von einer günstigen Entwicklung ihrer Bautätigkeit im Vergleich zum Vormonat berichten 18 % der Unternehmen (April 2019: 30 %), 23 % von einer Verschlechterung (April 2019: 14 %).

- Die nähere Zukunft wird sehr pessimistisch betrachtet. Immerhin 7 % der befragten Firmen erwarten innerhalb der nächsten sechs Monate, also bis Juni 2020, noch eine Besserung ihrer derzeitigen Lage (April 2019: 18 %). Eine weitere Verschlechterung befürchten dagegen 51 % der Unternehmen (April 2019: 9 %). Insgesamt wird die Geschäftslage innerhalb des kommenden Halbjahres mit einem Saldo von - 43 % massiv schlechter als im Vorjahr (April 2019: + 9 %) beurteilt.

LIQR

Die Lieferschein QR-Code Reader-App ist online

Mit LIQR, der kostenfreien Lieferschein QR-Code Reader-App des Arbeitskreises Informationsmanagement (AKIM) im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, können Nutzer ab sofort sämtliche Lieferdaten für Schüttgüter problemlos mit dem Smartphone einlesen, über Filter übersichtlich strukturieren, statistisch auswerten und an andere Systeme übertragen.

Der QR-Reader basiert auf einem zwischen der Bau-, Asphalt- und Betonindustrie abgestimmten Standard, nach dem alle relevanten Angaben auf den Lieferscheinen mit Hilfe der Quick-Response-Technologie einheitlich codiert werden. Dank der App ist nur ein Klick nötig, um das verschlüsselte Datenmaterial zu extrahieren. Somit entfallen die zeitaufwendigen Arbeitsschritte der manuellen Erfassungsmethoden, die deutlich fehleranfälliger sind. Mit der Exportfunktion können aufgenommene Lieferdaten ganz einfach im Excel-Format zugänglich gemacht werden, etwa für die Archivierung, für das Betoniertagebuch oder das Nachbehandlungsprotokoll. Für den Transfer stehen dem User mehrere Wege zur Verfügung: Bluetooth, E-Mail, Android Beam, OneDrive, WiFi Direct sowie ggf. firmenspezifische Systeme.

Dank des großen Engagements und der finanziellen Unterstützung der Bauindustrieverbände NRW, Bayern und Niedersachsen-Bremen konnte die LIQR-App von der edr software GmbH in München entwickelt werden. Die LIQR-App ist ein weiterer Schritt hin zur papierlosen Baustelle. Die Digitalisierung am Bau ist nicht nur auf BIM beschränkt. Die Digitalisierung ermöglicht es, wiederkehrende Prozesse im Arbeitsalltag und auf der Baustelle effizienter zu gestalten. Tagtäglich werden beispielsweise große Mengen Asphaltmischgut und Beton abtransportiert, für die Lieferscheine verwaltet werden müssen. Für eine moderne und zeitsparende Abwicklung dieses Verwaltungsaufwandes ist eine mobile App die optimale Lösung.

Der AKIM

Die BAUINDUSTRIE bietet mit dem Arbeitskreis Informationsmanagement (AKIM) den Organisations- und IT-Verantwortlichen in den Mitgliedsunternehmen der bauindustriellen Landesverbände eine Plattform für den fachlichen Austausch. Der AKIM pflegt den intensiven Erfahrungsaustausch zu aktuellen Entwicklungen, informiert die Branche frühzeitig über Fragen des Informationsmanagements und ermöglicht so den Unternehmen Weichenstellungen für die notwendigen innerbetrieblichen Prozesse zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus spricht er Empfehlungen aus und stellt Arbeitshilfen zur Verfügung. Mitglieder und Gäste tragen die erarbeiteten Ergebnisse weiter.

»Lieferscheindaten für Asphaltmischgut und Transportbeton schnell und einfach auslesen, Bemerkungen hinzufügen und übersichtlich weitergeben. Automatisch erstellte Übersicht nach Baustellen, Einbauschichten und Mengen. Die App nutzt einen neuen, zwischen Bauindustrie und Betonindustrie abgestimmten Standard zur Codierung von Lieferscheindaten«

LIQR - Lieferschein QR-Code Reader

JETZT BEI Google Play

Google Play und das Google Play-Logo sind Marken von Google LLC.

AKIM

Mehr Information zu dem Arbeitskreis und über AKIM finden Sie hier:

www.bauindustrie.de/akim

Erneuerbarer Strom für das BiZ Stockdorf

Für den Betrieb der Werkhallen, Schulungsräume, Vortragssäle und der Verwaltung werden im Bildungszentrum Stockdorf jährlich rund 350.000 kWh Strom benötigt, die jährlich mehr als 70.000 Euro kosten. Um diese laufenden Kosten zu reduzieren und zugleich den CO_2-Fußabdruck des Bildungszentrums zu verbessern, hat der Bayerische Bauindustrieverband 2019 in eine Photovoltaik-Anlage investiert

Errichtet wurde die Anlage mit einer Leistung von 285 kWp von September bis November 2019. In dieser Zeit wurden 1018 PV-Module mit je 280 Watt Leistung und einer Fläche von ca. 2.800 m² verbaut.

Einsparung von 170 t CO_2 pro Jahr

Seit der Inbetriebnahme der Solarstromanlage im Dezember 2019 produziert sie Strom. Bis Ende April 2020 wurden bereits mehr als 75.000 kWh Strom erzeugt, somit mehr als 40 t CO_2-Emissionen eingespart. In einem kompletten Jahr werden ca. 300.000 kWh erzeugt und mehr als 170 t CO_2 eingespart.

Das Bildungszentrum hat einen hohen Stromverbrauch, der sich vergleichsweise breit über den Tag verteilt. Schon früh am Tag wird in der eigenen Kantine zur Vorbereitung des Frühstücks und der Mittagessen bis in den frühen Nachmittag hinein Strom benötigt. Auch abends, wenn der Hauptbetrieb des Ausbildungszentrums zu Ende ist, wird

für die Unterkünfte auf dem Gelände wiederum viel Strom verbraucht. Daher konnte man von Beginn an eine hohe Eigenverbrauchsquote erwarten: Rund die Hälfte des produzierten Stroms wird selbst verbraucht, die andere Hälfte wird in das Netz eingespeist und mit 8,8 Cent/kWh vergütet.

Dachschonende Bauweise

Die Gestelle für die PV-Module wurden mit Elastomer-Matten direkt auf das Flachdach gestellt und nach einem detaillierten Plan mit Ballastierungssteinen beschwert. Diese Bauweise vermeidet, dass die Dachhaut mit Befestigungsankern durchdrungen werden muss und möglicherweise dadurch künftige Dachundichtigkeiten riskiert würden. Vier Wechselrichter mit je 60 kW Nennleistung wandeln den von der Sonne gelieferten Strom in den vom Stromnetz und den Geräten benötigten Wechselstrom um. Die Standorte der Wechselrichter wurden dabei so gewählt, dass die Kabelwege möglichst kurz sind und damit hohe Kabelverluste vermieden werden.

Frühe Amortisation der Projektkosten

Die Gesamtinvestition der Anlage beläuft sich auf ca. 340.000 Euro brutto. Jedes Jahr erspart sie mindestens 31.000 Euro für den nichtbezogenen Strom. Zusätzlich werden über die Einspeisevergütung rund 13.000 Euro jährlich eingenommen. Abzüglich der Eigenverbrauchsumlage von rund 3.700 Euro ergibt sich ein jährlicher Rückfluss für das Zentrum von rund 34.300 Euro. Insbesondere durch den hohen Eigenverbrauch amortisiert sich das Projekt bereits im neunten Betriebsjahr, so das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsberechnung.

ca. 350.000
kWh Strombedarf

336.651 €
brutto Investition
34.300 jährliche Einsparung

285,04
kWp Leistung der PV-Anlage

295.442
Erzeugte Strommenge im 1. Jahr

167t
CO_2-Einsparung pro Jahr
3344,5t in 20 Jahren

Eco+Office AS-Bau Hof: Plusenergie und CO_2-Neutralität

Der Bedarf an Wohn- und Arbeitsraum wächst insbesondere in den bayerischen Städten und Metropolregionen stark an. Zusammen mit dem steigenden Bewusstsein für eine nachhaltige gesellschaftspolitische Entwicklung ergeben sich für die Bauindustrie neue und spannende Herausforderungen.

Um diese Herausforderungen zu meistern, bedarf es einer interdisziplinären und eng verzahnten Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Baupraxis. Aktuell werden in der Planung von Sanierungs- und Neubauvorhaben bereits wissenschaftlich fundierte, innovative Methoden diskutiert und angewendet. Zentrales Element der zukünftigen Entwicklung von Bauprojekten muss der Lebenszyklusansatz sein: Er beinhaltet sowohl die Untersuchung der Lebenszykluskosten, als auch die ökologische und energetische Lebenszyklusanalyse der Gebäude.

Das Forschungsprojekt Eco+Office AS-Bau Hof GmbH zeigt, dass eine Realisierung eines treibhausgas-neutralen Plusenergiegebäudes leistbar ist und sich darüber hinaus ökonomisch rechnet. Dabei muss vor allem auf die Wiederverwendung schon vorhandener Ressourcen, den Einsatz nachwachsender Rohstoffe, die am Ende ihres Lebenszyklus im besten Fall ohne großen Aufwand wiederverwendet werden können, und die regenerative Erzeugung der Energie zur Nutzung des Gebäudes Wert gelegt werden. Zudem müssen zukünftige innovative Konzepte zur Kompensation eines ggfs. nicht vermeidbaren Verbrauchs an nicht-erneuerbaren Energien und den damit verbundenen, anfallenden Energien und Treibhausgasemissionen, unter dringender Berücksichtigung des Einsatzes Erneuerbarer Energien, erarbeitet werden. Das ist essenziell, um den Einfluss des Bauwesens auf unsere Umwelt deutlich zu minimieren und im besten Fall komplett zu reduzieren.

Frühes Optimierungspotenzial

Generell hat sich im Verlaufe des Forschungsprojekts gezeigt, dass durch die Operationalisierung von Methoden zur Bewertung der lebenszyklusbasierten energetischen, ökologischen und ökonomischen Performance von Gebäuden in der Planung frühzeitig Stellschrauben für eine positive Einflussnahme auf den Planungs- und Bauprozess erarbeitet und umgesetzt werden können. Durch eine Bewertung können eventuelle Zielkonflikte erkannt und Einflussfaktoren im Hinblick auf Energieeffizienz, Ökologie, Kosten etc. identifiziert werden. Des Weiteren kann durch die verantwortlichen Akteure gezielt Einfluss auf die ausgewählten Planungsparameter genommen werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Einsatz wissenschaftlich fundierter Methoden ein großes Potential bietet, bisherige Planungsleistungen zu ergänzen. Insbesondere in frühen Planungsphasen, in denen die Einflüsse auf Energieeffizienz, Ökologie, Ökonomie und Funktionalität des Gebäudes am höchsten sind, kann durch eine lebenszyklusbasierte Betrachtungsweise mittels Simulationen ein wertvoller Beitrag geleistet werden, Gebäude lebenszyklusbasiert treibhausgasneutral und energetisch positiv zu planen und zu betreiben.

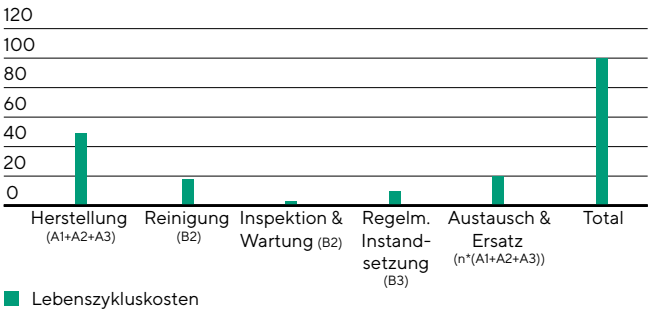
Auf Basis der im Rahmen dieses Forschungsprojekts erarbeiteten Ergebnisse und erlangten Erkenntnisse wird in einem weiterführenden Forschungsprojekt, in Kooperation mit der AS-Bau Hof GmbH, ein intensives Monitoring des Gebäudes und des Nutzerverhaltens durchgeführt. Dabei werden Parameter bezüglich des energierelevanten menschlichen Interagierens mit dem Gebäude ermittelt. Zudem erfolgt eine Modelloptimierung der thermischen Gebäudesimulation mit Hilfe der Monitoring-Daten. Dabei soll das energierelevante menschliche Interagieren in Gebäudesimulationen mit abgebildet werden. Dadurch erfolgt ein verbesserter Abgleich des energetischen Verhaltens des Gebäudes mit der TGA-Steuerung und somit eine ökologische und ökonomische Optimierung in der Nutzungsphase des Gebäudes.

Projektpartner: Technische Universität München, Lehrstuhl für energieeffizientes und nachhaltiges Planen und Bauen, AS-Bau Hof GmbH

Förderung: Stiftung Bayerisches Baugewerbe,
AS Bau Hof GmbH

Lebenszykluskosten der Baukonstruktion

Total-Barwert in € (Herstellungs- und Nutzungsphase)

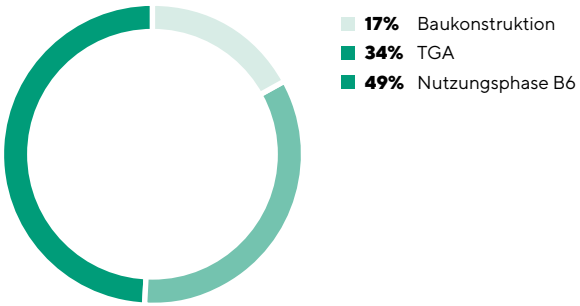


Quelle: TU München

Prozentuale Verteilung der Lebenszykluskosten der Baukonstruktion für Herstellung und Nutzung des Gebäudes - Barwert der Nettokosten (eigene Darstellung)

GWP

[kg CO_2-Äq.]



Quelle: TU München

Aufteilung des lebenszyklusbasierten GWP für Baukonstruktion, TGA und Nutzungsphase Szenario 1 (eigene Darstellung)

Endbericht

Den ausführlichen Endbericht des bereits abgeschlossenen Projekts finden Sie online unter:

http://go.tum.de/832121

Persönliches

90 Jahre
DIPL.-ING. GERALD HOLLROTTER
90. GEBURTSTAG AM 29. MAI 2020
München

Seit 1971 gehörte Dipl.-Ing. Gerald Hollrotter dem Beirat und von 1981 bis 1993 dem Vorstand des Bayerischen Bauindustrieverbandes an. Zuvor war er von 1975 bis 1986 Vorsitzender des Bezirksverbandes München-Oberbayern und von 1985 bis 1994 Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses.

80 Jahre
DIPL.-ING. HORST KLEE
80. GEBURTSTAG AM 22. MAI 2020
Hof

Dipl.-Ing. Horst Klee war von 1997 bis 2015 Mitglied des BBIV-Vorstandes, von 1989 bis 2007 leitete er den Bezirksverband Oberfranken. Als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses setzte er sich von 1997 bis 2015 für eine Tarifpolitik des rechten Maßes ein. Daneben engagierte er sich über viele Jahre hinweg bis 2011 als stellv. Vorsitzender des Vereins für Bauforschung und Berufsbildung für die Förderung und Ausbildung junger Menschen.

DIPL.-KFM. HELMUT DÄSCHLEIN
80. GEBURTSTAG AM 29. JULI 2020
Regensburg

Dipl.-Kfm. Helmut Däschlein war viele Jahre in zahlreichen Ehrenämtern für den Verband aktiv, so von 1995 bis 1999 als Vorsitzender des Bezirksverbandes Ostbayern sowie von 1997 bis 2003 als Mitglied des BBIV-Vorstandes und als Vorsitzender des EMB-Wertemanagement Bau e.V.

70 Jahre
B.SC.ENG. CIVIL GERHARD THIELEN
70. GEBURTSTAG AM 7. JUNI 2020
München

Vormals Vorsitzender der Geschäftsleitung der Porr Deutschland GmbH, München. Von 2005 bis 2015 war Gerhard Thielen Mitglied des BBIV-Beirats. Von 2001 bis 2009 setzte er sich als Vorsitzender des Vereins für Bauforschung und Berufsbildung des BBIV und des Berufsausbildungsausschusses mit großem Einsatz für eine fundierte Aus- und Weiterbildung am Bau ein.

65 Jahre
PROF. DR.-ING. E.H. THOMAS BAUER
65. GEBURTSTAG AM 27. JULI 2020
Schrobenhausen

Ehrenpräsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

Vorsitzender des Aufsichtsrates, zuvor Vorstandsvorsitzender der Bauer AG, Schrobenhausen. Seit über 30 Jahren engagiert sich Prof. Thomas Bauer in hohem Ausmaß beim Verband: Zuerst im Beirat, ab 1995 im Vorstand und von 1997 bis 2013 als BBIV-Präsident. Im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) gehört er seit 1997 dem Präsidium an. Von 1999 bis 2008 verantwortete er die Tarifpolitik der deutschen Bauindustrie. Von 2011 bis 2016 führte Prof. Thomas Bauer den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie als Präsident. Seit 2012 Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Im Juni 2019 wurde er zum Ersten Vize-Präsidenten des Verbands der Europäischen Bauwirtschaft (FIEC) gewählt.

DIPL.-ING. (FH) WINFRIED PRALLER
65. GEBURTSTAG AM 5. SEPTEMBER 2020
Bayreuth

Dipl.-Ing. Winfried Praller, zuletzt Geschäftsführer Hochbau der Bauunternehmung W. MARKGRAF GmbH & Co KG, wurde 2015 in den Beirat des Verbandes gewählt. Von 2017 bis 2018 gehörte er dem Vorstand an.

60 Jahre
DIPL.-ING. (FH) REINHOLD WALZ
60. GEBURTSTAG AM 19. MAI 2020
Würzburg-Estenfeld

Beiratsmitglied Bezirksverband Unterfranken seit 2017

Bauwirtschaft in Bayern 2020

Bauleistung

	Februar	ggü. Vj.	Jan.–Feb.
Geleistete Arbeitsstunden			
Bauhauptgewerbe	6.630	4,5	13,2
Wohnungsbau	2.268	10,0	21,6
Wirtschaftsbau	2.557	4,5	8,7
Öffentl. Bau	1.804	-1,7	9,8
Hochbau	501	-12,9	4,9
Straßenbau	592	-1,5	4,8
sonst. Tiefbau	711	7,9	18,6
Produktionsindex (arbeitstäglich)			
Bauhauptgewerbe	88,0	3,77%	14,28%
Hochbau	92,0	-0,97%	12,86%
Tiefbau	82,0	12,64%	19,97%
Umsatz			
Bauhauptgewerbe	1.007,1	10,0	8,3
Wohnungsbau	305,1	18,0	18,3
Wirtschaftsbau	432,0	-0,9	-1,9
Öffentl. Bau	270,1	22,1	15,7
Hochbau	79,3	8,6	6,0
Straßenbau	82,9	31,9	19,9
sonst. Tiefbau	107,9	26,5	20,6

Lohn- und Gehaltskosten

	Februar	ggü. Vj.	Jan.–Feb.
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	2.814	2,85%	4,0%

Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Quellen:
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung,
ifo-Institut für Wirtschaftsforschung,
Bundesagentur für Arbeit

Baunachfrage

Auftragseingang	Februar	ggü. Vj.	Jan.–Feb.
nominal			
Bauhauptgewerbe	1.405,3	-13,1	-2,0
Wohnungsbau	428,3	9,3	5,8
Wirtschaftsbau	516,3	-4,7	7,4
Öffentl. Bau	460,7	-32,6	-15,8
Hochbau	125,3	-33,3	-17,3
Straßenbau	171,8	-40,8	-23,8
sonst. Tiefbau	163,7	-20,4	-4,7
Baugenehmigungen			
Wohngebäude	2.697	-6,4	-8,9
Wirtschaftsgebäude	3.107	12,3	-9,8
Öffentliche Gebäude	434	30,7	81,3

Auftragsbestände	April	Mrz. 20	Apr. 19
Bauhauptgewerbe	4,4	4,6	4,9
Wohnungsbau	4,4	4,9	4,6
Wirtschaftsbau	4,6	4,8	5,4
Öffentl. Bau	3,8	3,8	4,2
Hochbau	2,9	3,2	3,8
Straßenbau	3,4	2,9	3,2
sonst. Tiefbau	5,1	5,2	5,5

Arbeitsmarkt

	Februar	ggü. Vj.	Jan.–Feb.
Beschäftigte Bauhauptgewerbe			
Insgesamt	96.699	6,3	6,1

Arbeitsmarkt Bauhauptgewerbe März

insgesamt	Off. Stellen	Arbeitslose
2020	3.570	6.578
2019	3.738	6.850
2018	3.442	8.102
2017	3.025	8.157

dar.: Bauingenieure	Off. Stellen	Arbeitslose
2020	554	148
2019	532	158
2018	560	162
2017	496	187

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
www.bauindustrie-bayern.de